



SOLIDARITÄT UNTER ÖKONOMISIERUNGSDRUCK

RÜCKBLICK

Die Gründung der VIF vor mehr als 25 Jahren ging von einem beispiellosen sozialen Engagement der jungen Generation aus. Es war darauf gerichtet, auch behinderten Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, ihr Leben selbst zu bestimmen, also ein möglichst normales Leben in möglichst offener sozialer Teilhabe zu führen, gemäß den verfassten Grundrechten.

“Autonom-Leben” als der neue Leitbegriff jeglicher Rehabilitation (Rüggeberg 1985) bedeutete im Wesentlichen die konsequente Beschränkung der externen Hilfe auf eine Hilfe zur Selbsthilfe. Ambulante Dienste spielten gegenüber der stationären Unterbringung damals noch eine nachgeordnete Rolle. Nach dem Normalisierungsprinzip sollte jeder Mensch mit einer Behinderung “so normal wie möglich”, d. h. autonom oder selbstbestimmt leben können. Menschliches Handeln ist schließlich auf Freiheit angelegt. Ein entscheidendes Moment an den Aktivitäten zur Förderung der Selbsthilfekräfte lag darin, dass die Initiativen dazu in erster Linie von behinderten Menschen selber ausgingen bzw. ausgehen sollten, und dass sie die Adressaten eines neu zu begründenden Hilfesystems sein sollten.

Ich denke im Besonderen an den Internationalen Kongress 1982 “Leben, Lernen, Arbeiten in der Gemeinschaft” in Räumen der Münchener Universität. Es war eine konzentrierte Demonstration des Selbsthilfewillens und einer neuen Solidarität. Diese wiederum war Ausdruck eines erstarkten Autonomie-Bewusstseins und zwar auf der Basis der unbedingten Achtung der Menschenrechte. Manche mögen vom Begriff der Autonomie verschreckt gewesen sein. Andere verschanzten sich hinter der Missdeutbarkeit dieses Begriffes, um eine Umorientierung zu mehr Selbstbestimmung zu unterlaufen. Inzwischen haben sich die Gemüter weithin beruhigt: Selbstverständlich sind Menschen als soziale Wesen immer nur relativ autonom und zugleich relativ abhängig. Konsequenz der Anwaltschaft für die gleichen Menschenrechte war das Eintreten für die soziale Integration. An sich brauchen Menschen, die irgend-

eine funktionelle Beeinträchtigung aufweisen, nicht erst eingegliedert zu werden; sie gehören von Anfang an dazu. Sie bekommen erst im Laufe ihres Lebens zu spüren, dass sie ausgegliedert werden. Deshalb ist es für sie nicht dieses Imperfekt-sein, das ihnen die größten Schwierigkeiten bereitet, sondern es sind die Reaktionen in ihrer Umwelt: Distanzierung, Diskreditierung, Ausgliederung.

Es besteht kein Zweifel, dass sich die Integrationsbereitschaft und die Sensibilität für die Grundrechte der Menschen mit Behinderungen in den achtziger und den ersten neunziger Jahren merklich verbessert haben, und dass sich ein soziales Klima entwickeln konnte, in welchem sich Menschen mit Behinderungen geachteter und akzeptierter fühlen konnten als zuvor. An dieser positiven Entwicklung hatte die VIF einen nicht unwesentlichen Anteil. Inzwischen haben sich die Dinge jedoch nicht unwesentlich geändert.

AKTUELLE VERÄNDERUNGEN: ÖKONOMISIERUNGSTENDENZEN

Es begann mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung, die zugleich Schwächen im Gesamtsystem der sozialen Sicherung aufdeckte. Der ökonomische Aspekt erhielt eine vorrangige Bedeutung und hat inzwischen alle Lebensbereiche erfasst. Der Begriff Ökonomisierung kennzeichnet diese Über- oder Leitfunktion des Ökonomischen, z. B. bezüglich des Umbaus des Sozialstaates. Dies zeigt sich u. a. in einer neuen Terminologie: Dienstleistungen werden gekauft und verkauft; die Hilfeabhängigen werden zu Kunden bzw. zu Kostenfaktoren. Das Dominieren des Ökonomischen, der "Rechenschaftigkeit" (Simmel), hat bei den betroffenen Menschen Unsicherheit, Resignation und Angst vor der Zukunft hervorgerufen. Dabei ist es nicht so sehr der finanzielle Aspekt, der Sorgen bereitet, als vielmehr eine Abkühlung der sozialen Einstellungen in der Gesellschaft, also der Solidarität.

1. ZUR KÜRZUNG DER FINANZIELLEN RESSOURCEN

Die Kostenträger des Sozialbereichs stellen fest, dass sie an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gestoßen sind. Die gesamte Sozialpolitik steht unter erheblichem Druck von Seiten der Wirtschaft; der Sozialstaat müsse umgebaut, d. h. die Sozialausgaben müssten gekürzt werden; der Einzelne müsse selber mehr für die eigene soziale Sicherung tun. Ansonsten werden die Betroffenen auf eine bessere Zukunft getröstet, um deretwegen alle Opfer zu bringen hätten. – Diese Pauschalierung "alle" wird inzwischen von denjenigen, die sich selber am wenigsten helfen können, als Farce empfunden.

Um zu retten, was an sozialer Qualität für Menschen mit Behinderungen zu retten ist, hat der Staat im sozialen System Steuerungs- und Kontrollinstrumente eingeführt, um der "Ausuferung", "Übertherapie" oder gar "Verschwendung" öffentlicher Mittel entgegenzuwirken, und die knapper gewordenen Mittel effizienter einzusetzen. Diese neuen Instrumente und Maßgaben stammen aus der Wirtschaft: Sie sind primär auf Rentabilität und Kostensenkung gerichtet. Funktionieren soll das Ganze nach dem Motto more for less! (Dettling 1995), also mehr Qualität für weniger Geld. - Ein Wunschtraum oder ein Bluff? Menschen sind keine Waren! Menschliche Interaktion lässt sich nicht automatisieren! Natürlich sind wirtschaftliche Maßgaben für die Straffung der Leistungssysteme zugunsten einer besseren Effektivität und Effizienz notwendig. Die Zeiten, in denen "das Geld keine Rolle spielte", also "die fetten Jahre", sind endgültig vorbei. Der Sozialstaat muss sicherlich umgebaut werden; dabei müssen aber auch wichtige Unterschiede beachtet werden. Der angestrebte Wohlstand kann nicht auf Kosten derjenigen gehen, die sich selbst am wenigsten helfen zu können (Rawls).

2. MARKTWETTBEWERB UND SOZIALE PROBLEME

Der Marktwettbewerb wird heute als Zauberformel für die Lösung der sozialen Probleme angesehen. Selbstverständlich kann diese Lösung nur im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung möglich werden. Der Markt als ein legitimes Teilsystem der Gesellschaft entspricht an sich dem Selbstverwirklichungsprinzip des Menschen. Er trage auch zur Verwirklichung von Solidarität bei, meint der Münchener Wirtschaftsethiker K. Homann (Homann, Blome-Drees 1992). Er behauptet sogar, Wettbewerb sei solidarischer als Teilen. – Wir halten dies eher für eine Idealvorstellung, die angesichts der realen sozialen Folgen einer weithin deregulierten Wirtschaft geradezu zynisch klingt. Wenn es heißt, es fehle nur an den nötigen Rahmenbedingungen, z. B. an fairen Spielregeln und an einer entsprechend nötigen sozialetischen Ordnung etc., so fragt es sich, ob und wie diese herzustellen, zu “produzieren”, seien. Ein Vorzug des Marktwettbewerbs wird darin gesehen, dass er generell einen Paradigma-Wechsel in der Sozialpolitik bewirken könne, und zwar in der Weise, dass die Kosten für soziale Leistungen nicht einfach vom Staat pauschal eingefordert und abgerufen werden, ohne dass der tatsächliche Bedarf und auch eine angemessene Effektivität nachgewiesen ist, sondern dass sich jede soziale Einrichtung zu bewähren hat, so dass ein akzeptierbares KostenLeistungsverhältnis entsteht. Das bisherige System der starren Kostenerstattung war zu einem “Fass ohne Boden” geworden. Durch den Marktwettbewerb werden die Anbieter gezwungen, mit den knappen Ressourcen sparsam umzugehen.

So weit, so gut! Die Frage ist nur, wie weit dies in der Realität funktioniert und nicht durch eine Forcierung des Marktes neue soziale Probleme entstehen, z. B. dadurch, dass der Markt die an sich schon Begünstigten noch mehr begünstigt und die schicksalhaft Benachteiligten noch mehr benachteiligt. Es ist immerhin nicht Sache des Marktes, soziale Probleme zu lösen. Er ist ein Mechanismus zur Regelung wirtschaftlicher Interessen und Aktionen. Soziale Fragen lösen sich dabei nicht von selber. Wenn also existentielle soziale Probleme eintreten, müssen diese angesprochen werden. Der Markt hat schließlich dem Menschen und seiner Freiheit zu dienen. Eine “marktgesteuerte” soziale Einrichtung z. B. kann nicht allein marktwirtschaftlichen Prinzipien folgen, wenn sie Soziales bewirken soll. Immerhin folgt der Markt an sich eigenen Gesetzen und Werten: der Rentabilität, der Nützlichkeit, dem Gewinn, dem Profit, und diese tendieren dazu, sich zu verselbständigen. Also bedürfen sie einer Gegenwirkung und Rahmenordnung, damit das soziale Ganze nicht auseinanderfällt. In diesem Sinne ist es legitim, aus der Sicht des Sozialen **S t o p p z e i c h e n z u s e t z e n**, wenn gewisse Verstörungen des Sozialen entstehen:

– Die Vorsatzlinse des nackten Marktprinzips verändert das **M e n s c h e n b i l d**: Menschen werden zu Kostenfaktoren. Ihr Lebenswert wird ökonomisch taxiert je nach ihrem Vermögen, ihrer Brauchbarkeit, ihrer Nützlichkeit oder ihrer Verwertbarkeit. Es wird berechnet, was ein behinderter oder alter Mensch die Steuerzahler kostet. Die Nicht-produktiven werden dabei zu einer Restkategorie. Der soziologische Terminus für sie lautet “Überflüssige” (Castel 2000). Ihre Versorgung wird zu einem “Restproblem” bzw. primäre Aufgabe der privaten “Mildtätigkeit”. Auch ethische Werte können dabei zu einer “Restgröße” werden.

– Den sozialen Einrichtungen wird der Wettbewerb nur bedingt gut tun; es kann zu einem **V e r d r ä n g u n g s w e t t b e w e r b** bzw. zu gravierenden qualitativen Unterschiedlichkeiten kommen. Die Senkung der Kosten kann über Dumpinglöhne und unausgebildetes Personal erfolgen. Die wirtschaftlich stärkeren Einrichtungen werden die Spitzenfachleute anziehen. Diese sind aber nicht in allen

Einrichtungen vermehrbar, auch nicht durch eine Forcierung des Qualitätsmanagements. Die Folge ist eine Schwächung der übrigen Einrichtungen oder deren "schöpferische Zerstörung". – Es wird wie in der Wirtschaft zu Fusionen und Aufkäufen der Schwächeren kommen und damit letztlich zu noch größeren Sozialkonzernen. Die qualitativen Unterschiede zwischen potenten privaten und übrig bleibenden öffentlichen Einrichtungen werden größer werden, wie das Beispiel der USA zeigt.

– Ein Verlust an Lebensqualität tritt vor Ort durch die rigorose Leistungsverdichtung beim Personal ein. Eine erhöhte "Auslastung" ist aus finanziellen Gründen per Gesetz gefordert. Das Übrige tut der Marktwettbewerb, d. h. der Kostensenkungsdruck. Die Fallzahlen für psychische Störungen (Depressionen, Erschöpfungszustände) verdoppeln sich bei jüngeren Angestellten jährlich (SZ 12./13.6.04) und zwar besonders auch im Pflegebereich. Die durch Arbeitsausfälle dequalifizierten Arbeitsbedingungen bilden keinen Anreiz für den dringend benötigten professionellen Nachwuchs. Für Dienstleistungen, die auf ein Minimum des Notdürftigen beschränkt sind, werden sich nicht die Besten interessieren – höchstens noch für eine vorübergehende Zeit solche aus Osteuropa!

– Der Einzelne in seiner individuellen Hilfebedürftigkeit verliert im ökonomischen System an Beachtung. Menschliche Zuwendung z. B. wird unbezahlbar. Die ökonomische Rationalisierung kann nur sehr bedingt auf Individuallagen Rücksicht nehmen. Man müsse sich "vom Terror des Einzelfalles befreien", empfahl ein übereifriger Vertreter im Sinne "qualitätsverbürgender Prozesse". Sollte es zu einer ökonomisch gewünschten "schöpferischen Zerstörung" kommen, sind davon Menschen betroffen, die eigentlich zu schützen wären. Sie können sich nicht wie normale Kunden andere Anbieter aussuchen, es sei denn, sie sind finanziell potent.

– Letztlich bleibt es offen, ob das forcierte Sparen an den Sozialkosten in irgendeiner fernen Zukunft tatsächlich zu einem "Gesundshrumpfen" und zu Wohlstand für alle führen wird. Immerhin ist die Bedingungslage eine globale. Eine einseitige und rigorose Forcierung des Kostensparens kann genauso zum Ruin bzw. zu späteren Mehrkosten führen. Auf jeden Fall kann man nicht noch mehr kürzen. Die Schmerzgrenze ist erreicht!

– Besonders kritisch ist die Gefahr zu sehen, dass das Ökonomische zu einer alles beherrschenden Ideologie wird, die andere Ideen und Werte verdrängt, und allgemein als neue Heilslehre propagiert wird, sich also aus der Spannung und Balance mit anderen Werten und Ordnungen löst. Einige seiner Protagonisten sehen in einer von ökonomischen Maßgaben dominierten Wertordnung eine neue Sinnstiftung für die Menschheit, nachdem Kirche, Staat und Ideologien tot seien (VW-Manager in einem Interview anlässlich der Expo-2000-Eröffnung in Hannover, Die Zeit 2.9.1999). Eine absolut gesetzte Ökonomie hätte verheerende Folgen. Sie müsste letztlich in einen ökonomischen Sozialdarwinismus münden.

Derartigen Gefahren gegenüber ist daran festzuhalten, dass dem ökonomischen als einem Teilsystem der Gesellschaft nur eine instrumentelle Funktion zukommt: Es hat dem Sozialen, also auch der allgemeinen Solidarität, zu dienen und nicht umgekehrt. Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Amartya Sen, betont in seinem Buche "Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft" (2000,176), dass die Wirkungen wirtschaftlicher Effizienz für sich genommen noch keine Verteilungsgerechtigkeit garantieren. Dabei bezieht er sich im Besonderen auf die Problemlagen behinderter Menschen. "So groß die Reichweite des Markt-

mechanismus auch ist, er muß um der Gerechtigkeit willen durch die Schaffung elementarer sozialer Chancen ergänzt werden.“

Was im Augenblick im Zuge ökonomisierender Tendenzen zu beobachten ist, das ist eine fortschreitende Begünstigung der einen und eine entsprechende Benachteiligung der anderen. Gewinner und Verlierer, Begünstigte und Benachteiligte unterscheiden sich immer drastischer. Die Armut nimmt zu. In der Behindertenszene wächst die Verunsicherung. Die bisher erkämpfte Lebensqualität ist bedroht. Die Betroffenen haben das Gefühl, abgehängt zu werden. Die Öffentlichkeit, auch die hohe Politik – zeigt sich von dieser Entwicklung nicht sonderlich beunruhigt, eher hilflos. Obwohl – u. a. dank der Initiativen der VIF – die Situation bekannt ist und seit Jahren die Alarmglocken schrillen, bewegt sich politisch wenig. Für die Öffentlichkeit handelt es sich offensichtlich mehr um ein virtuelles Problem.

3. AUSWIRKUNGEN DER ÖKONOMISIERUNG AUF DIE SOZIALE KULTUR

Unsere soziale Kultur ist auf sozialen Werten aufgebaut, auf Werten wie der Achtung vor dem Anderen mit gleicher Menschenwürde, der sozialen Verantwortlichkeit, des sozialen Engagements oder der Solidarität mit denen, die Hilfe brauchen. Ein hervorstechendes Merkmal war die soziale Nähe zum Anderen jenseits aller Berechnung des eigenen Aufwandes -was nicht heißt, dass soziale Einrichtungen nicht immer schon auch gut wirtschaften mussten, um nicht unterzugehen, was oft genug geschehen ist. In einem ökonomisierten Ordnungssystem dürfte sich die Qualität der sozialen Kultur ändern. Soziale Werte werden ökonomischen Kalkulationen der Nützlichkeit und Rentabilität unterworfen. Wer nur noch den bezahlten Pflegeminuten nachhetzen muss, verliert das Gefühl für Menschenwürde und menschliche Zuwendung. An sich unterscheiden sich ökonomische Werte von sozialen Werten fundamental. Ökonomische Werte sind Tauschwerte. Sie beinhalten nicht einen universalen Wert, wie z. B. das Rechte oder das Gute, sondern beziehen sich auf ein Haben oder Nicht-haben, auf Gewinn oder Verlust, von etwas, was für den Einzelnen als wertvoll gilt, was auch immer es sei, z. B. Geld, sonstiges Vermögen oder Plunder. Das Entscheidende an einem wirtschaftlichen, praktisch wirksamen Wert sei niemals ein Wert an sich sondern eine bestimmte Wertquantität, schrieb G. Simmel in seiner „Philosophie des Geldes“ (1901, 77).

Was ich mit Hilfe des Geldes eintausche oder einkaufe, stellt nicht schon in sich einen Wert dar sondern einen Wert für mich. Geld ist „charakterlos“, sagt man auch, oder: Der Markt ist blind. Wenn mit dem Geld etwas Gutes bewirkt werden soll, bedarf es mehr als des Geldes und der ökonomischen Berechnungen. Erst in der Einordnung ökonomischer Werte in ein moralisches Wertesystem erhalten diese einen allgemein menschlichen Wert. Schon der Kirchenlehrer Augustinus schrieb im 5. Jahrhundert, dass die Reichen nichts anderes als große Räuberbanden wären, wenn es ihnen an der Gerechtigkeit fehlte. - Wir könnten auch die berühmte „deutsche Wertarbeit“ erwähnen: Sie beruhte nicht primär auf ökonomischen Kalkulationen sondern auf persönlichen Tugenden und Werten, wie der Zuverlässigkeit, Gewissenhaftigkeit, Verantwortlichkeit, Solidarität u. ä., Werten also, die nicht als ökonomische gelten und auch nicht durch ökonomische Prozesse erzeugt werden.

Eine soziale Einrichtung entwickelt ihre soziale Qualität - und für diese ist sie in erster Linie verantwortlich - nicht primär über ökonomische Werte sondern über aktive Sozialität oder Solidarität mit den Menschen. Deshalb bedurfte die neue Qualitätsdiskussion der so genannten Leitbilder. Sie hatten

es allerdings schwer, ernstgenommen zu werden, und wirkten oft eher wie Beschwörungsformeln. Mit der Gegenüberstellung ökonomischer und sozialetischer Werte soll deutlich gemacht werden, dass ökonomische Werte den sozialen Bereich nicht dominieren dürfen, und dass es nicht in erster Linie um das Ökonomische gehen kann. Über den Markt ist nicht alles zu erreichen, was für ein menschliches Leben wichtig ist. Es wird darauf ankommen, beide Prinzipien, das Soziale und das Ökonomische, klar zu unterscheiden, sonst dürfte es bei der unendlich größeren politischen Macht des Ökonomischen zu einem weiteren Schwinden mitmenschlicher Verbindlichkeit kommen.

Das Reden von der zunehmenden **Entsolidarisierung** wird nicht einfach durch das Faktum einzelner Solidar-Aktionen widerlegt. Wenn heute die Achtung der Menschenwürde so oft angemahnt werden muss, so wird damit nur deutlich, dass diese und die Solidarität mit den Schwächeren, den "Unproduktiven", auf dem Spiele stehen. Sie wird immer dem ökonomischen Prinzip widerstreiten, und dieser Widerstreit muss durchgestanden werden, wenn das soziale Ganze nicht auseinanderbrechen soll. Dieses Soziale kann aber nur wirken, wenn es aktiv verteidigt, vor allem auch praktisch gelebt und integriert wird, und wenn es sich gegen eine erneute Marginalisierung wehrt. Es gibt heute in zunehmender Zahl Menschen, die sich für diese Ziele einsetzen. Sie brauchen die Unterstützung durch entsprechende Gemeinschaften, wenn sich mehr Selbstbestimmung im Sinne der Menschenrechte durchsetzen soll.

Die **Auswirkungen** einer einseitig ökonomisch bestimmten Entwicklung auf unsere soziale Kultur sind im Augenblick noch nicht voll übersehbar. Wer sich darauf beruft, dass sie noch funktioniere, sollte bedenken, dass unser soziales System noch von tradierten sozialen Prinzipien und Praktiken zehrt, und dass diese noch von einem Menschenbild geprägt sind, das unter heutigen ökonomischen Kautelen nicht mehr als "in" gilt. Vor allem aber: Dieses Ethos kann die neue Ökonomie selber nicht erzeugen. Auch ein Wirtschaftsbetrieb ist auf Wertegrundlagen angewiesen, die er selber nicht hervorbringen kann. Es sind vor allem ethische Verankerungen, die einem anderen Prinzip als dem ökonomischen Nutzen-Prinzip folgen. Diese Notwendigkeit wird von Seiten einer neuen Wirtschaftsethik betont. So plädierte Rolf W. Habel, Partner und Sprecher einer großen Managementberatungsfirma (2001), in seinem Buche für mehr Menschlichkeit in den Betrieben. Es ist kein gutes Zeichen für unsere soziale Kultur, wenn man öffentlich zu rechnen anfängt, "was die Behinderten uns kosten", und ob wir uns die für die Sicherung eines Autonom-Lebens nötigen Mittel noch leisten können. Eine Gesellschaft, in der sich in fast allen Lebensbereichen eine zunehmende Ökonomisierung und die Logik des Marktes und der Rentabilität durchsetzen, ist auf dem falschen Wege, stellte unlängst der St. Galler Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann fest (SZ v. 10.-12.04.04).

Eine tiefgreifende Gefahr der zunehmenden **Ökonomisierung** liegt darin, dass sie mit der stärkeren Gewichtung der Gewinnchancen für die Leistungsfähigeren eine Spaltung der Gesellschaft bewirkt.



Im Wettlauf um Spitzenpositionen vergrößert sich der Abstand zu den Schwächeren (Horst Afheldt: "Wirtschaft, die arm macht" 2003). Es kommt zum Gegenteil von sozialer Integration. Wie sehr wirtschaftliche Interessen z. B. die Bildungsreform bestimmen, geht beispielsweise aus dem von der "Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft" 2003 herausgegebenen Zukunftsprojekt "Bildung neu denken" hervor: Schüler mit Behinderungen spielen darin eine völlig unmaßgebliche Rolle. Ihr Lernort ist nicht die Allgemeine Schule, da sie hier eher als Hemmnis für den erfolgreichen Schulbesuch der nichtbehinderten Schüler gelten. Die Selektionstendenz nimmt wieder zu, auch in Ländern wie Schweden.

SCHLUSSBEMERKUNG

Wir können davon ausgehen, dass es sich bei der gegenwärtigen Situation um eine Durchgangssphase der menschlichen Entwicklung und eine dadurch bedingte Schieflage handelt. Um eine neue Balance zu finden, sind Gegenkräfte erforderlich. Insofern handelt es sich auch eine Herausforderung und Chance für eine Neubegründung der sozialen Kultur in unserem Lande.

Ich möchte für mein **Optimismus-Pflänzchen** nur zwei Gründe anführen:

1. "Die Bäume wachsen nicht in den Himmel!" Kein Teil des gesellschaftlichen Ganzen kann sich auf Dauer auf Kosten anderer Teile Vorteile verschaffen. Es gibt wirtschaftswissenschaftliche Prognosen, wonach eine Verselbständigung des Marktwettlaufes nicht schadlos durchzuhalten ist, weil er zusehends an Bodenhaftung verliert (Köhler). Der Zweck der Entwicklung der Menschheit besteht letztlich nicht in der Produktionssteigerung sondern in der Ausweitung der menschlichen Freiheit. Dies betont der bereits genannte Wirtschaftswissenschaftler A. Sen (2000). Der dazu nötige soziale Wandel reicht über den ökonomischen Wandel deutlich hinaus (350). Wenn also die soziale Entwicklung vernachlässigt wird, muss die Schieflage eingeklagt werden. Sonst gewöhnen wir uns daran.
2. Fangen wir mit dem Solidarischsein zunächst bei uns selber an! Auf die große Politik und auch auf die große Wende der Gesellschaft können wir nicht warten. Der Mensch ist ein soziales und zugleich autonomes Wesen. Auf ihm liegt das Schwergewicht des Urteilens und Handelns, wenn er nicht künftig bloßer Empfänger von Wohltaten sein will (Sen, 342). Ihm und den kleinen Gemeinschaften kommt mehr Verantwortung zu. Im Alltag ist mehr Achtsamkeit für den Anderen gefragt. Wir müssen miteinander von der Basis her die Politik vor neue bürgerliche Fakten stellen. Der gegenwärtige Ökonomisierungsdruck fordert in erster Linie mehr praktische Humanität und Solidarität von Mensch zu Mensch heraus. E. Kästner: "Es gibt nichts Gutes, es sei denn, man tut es!"

Literatur:

- Afheldt, H.: Wirtschaft, die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft. München 2003
Castel, R.: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz 2000
Dettling, W.: Politik und Lebenswelt. Gütersloh 1995
Happel, R. W.: Faktor Menschlichkeit. Führungskultur in der Net economy. Wien/Frankfurt 2001
Homann, K. u. Blome-Drees, F.: Wirtschafts- und Unternehmensethik. Göttingen 1992
Rawls, J.: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M. 1988
Rüggeberg, A.: Autonom-Leben - Gemeindenahe Formen von Beratung, Hilfe und Pflege zum selbständigen Leben von und für Menschen mit Behinderungen. Stuttgart u. a. 1985
Sen, A.: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München, Wien 2000
Simmel, G.: Philosophie des Geldes. Frankfurt/M 1989

